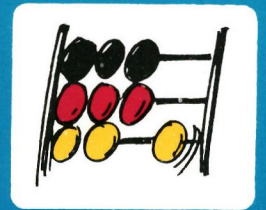


Informationen zur Volkszählung'87



JA!

ZUR VOLKSZÄHLUNG'87

Statist. Bundesamt - Bibliothek

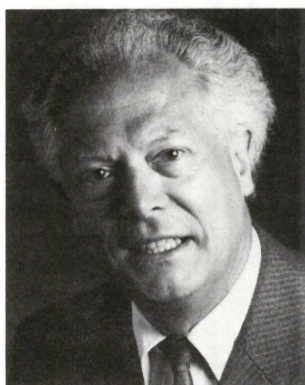
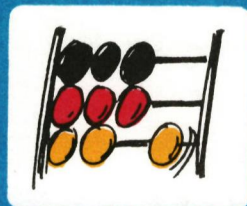


09-05985

(10.1483)

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
Postfach 5528
6200 Wiesbaden 1
Telefon 061 21 / 751
oder 01 30 / 44 60 (zum Ortstarif)

Informationen zur Volkszählung '87



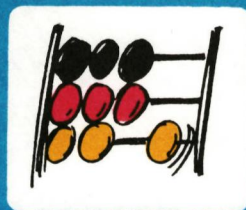
Egon Hölder

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Stichtag: 25. Mai 1987 — nach 17 Jahren wird in der Bundesrepublik Deutschland endlich wieder eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, kurz Volkszählung genannt, durchgeführt. Bund, Länder und Gemeinden, Wirtschaft und Wissenschaft, Parteien und Verbände, Kirchen und Institutionen, alle gesellschaftlichen Gruppierungen, ja, jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger — alle werden die Ergebnisse der Volkszählung für ihre Arbeit und für Zukunftsplanungen nutzen können. Die Volkszählung als „Inventur des Staates“ kommt allen zugute; nur aktuelle und umfassende, zugleich regional und sachlich detaillierte Basisinformationen über unsere Gesellschaft können die zuverlässige Grundlage einer sachgerechten und bürgerfreundlichen Zukunftsgestaltung bilden.

Die Volkszählung 1987 bietet die Gewähr für Durchblick durch die gesellschaftlichen Gegebenheiten ohne Einblick in die Privatsphäre des einzelnen. Deshalb sagen Repräsentanten des Staates und seiner gesellschaftlichen Gruppierungen „Ja“ zur Volkszählung 1987. Die hier vorliegende Sammlung von Meinungen und Stellungnahmen ist ein cursorischer Gang durch Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Verbände. Sie zeigt den breiten gesellschaftlichen Konsens, das „Ja“ unserer Gesellschaft zur Volkszählung '87.

Informationen zur Volkszählung '87



Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit des Statistischen Bundesamtes

Ansprache des Bundespräsidenten beim Besuch
des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt beim
Besuch des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden am
27. Oktober 1986 folgende Ansprache:



Herr Bundesminister, Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ich bin zu Ihnen nach Wiesbaden gekommen, einerseits um diese für unseren Staat wichtige Behörde näher kennenzulernen, andererseits und vor allem um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Behörde zu grüßen und Ihnen für die große unentbehrliche Arbeit herzlich zu danken, die Sie im Interesse unseres Staates im ganzen leisten.

In der Statistik zu arbeiten ist aus mehreren Gründen nicht immer ganz einfach. Einerseits, es wurde schon gesagt, ist es eine Arbeit, die sich mehr im stillen als in der Form eines Showgeschäftes vollzieht. Sodann gibt es, auch ganz unabhängig von Volkszählungen und anderen brisanten Themen, die verbreitete Vorstellung, mit der Statistik könne man ja alles beweisen. Nur werden immer die Erheber der Statistik und ihre Verwender verwechselt.

Das, was im Statistischen Bundesamt geschieht, ist ja nicht, eine bestimmte politische Konsequenz ins Auge zu fassen und dann durch statistisches Material zu untermauern, sondern hier sollen objektive Daten ermittelt werden, die ihrerseits es dann erst möglich machen, eine politische Leitlinie zu untermauern oder gegebenenfalls anhand beweisbaren statistischen Materials abzuändern. Wenn man mit Mißtrauen über die Statistik redet, gilt dieses Mißtrauen unkundiger Verwendung, nicht aber sachverständiger Erhebung der Daten.

Ich glaube, den Anspruch auf Objektivität in der Festsetzung und der Ermittlung der Daten, diesen Anspruch haben das Statistische Bundesamt und die Landesämter voll auf ihrer Seite. Ich denke, niemand behauptet im Ernst, daß hier bei der Arbeit im Konzept oder bei der Durchführung manipuliert würde.

Die Glaubwürdigkeit, die das Statistische Bundesamt sich erworben hat, ist letzten Endes das wichtigste Kapital für die weitere Arbeit. Diese Glaubwürdigkeit vor der Öffentlichkeit zu bezeugen, ist einer der Gründe meines Besuchs bei Ihnen. Gäbe es diese Objektivität nicht, dann würden ja zum Beispiel die Tarifvertragsparteien sich nicht beide auf die Zahlen des Bundesamtes stützen, einfach weil sie eine objektive Aussagekraft haben.

Es gibt nun Daten, die auch dem normalen Bürger sehr willkommen sind – der Lebenshaltungskostenindex gehört dazu. Es interessiert ihn, wie er sich entwickelt und wie die Vergleichszahlen zu anderen Ländern sind. Es gibt Zahlen, die einen unmittelbar anrühren und vielleicht auch im eigenen Verhalten beeinflussen. Man denke nur an die Zahlen über die Todesopfer im Straßenverkehr.

Es gibt eine Fülle von Wirtschaftsdaten, die uns erkennbar machen, wo die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern steht, wie die Chancen und Risiken verteilt sind. Man kann auf diese Weise etwas über die Anziehungskraft bestimmter Standorte und abnehmende Attraktivität anderer erfahren, man erfährt etwas über die Qualität der Versorgung an den verschiedenen Standorten und in bestimmten Regionen. Das alles ist für politische Entscheidungen nicht weniger wichtig als auch für ganz private Entschlüsse, die man in bezug auf das eigene Leben faßt.

Dennoch ist das, was der normale Bürger erlebt, natürlich nur ein relativ kleiner Ausschnitt Ihrer Arbeit. Nun hat es auch heftige Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der statistischen Arbeit einfach deshalb gegeben, weil wir manche unguuten Gefühle in bezug auf die Entwicklung unseres technischen Zeitalters haben. Jeder von uns erlebt es, daß durch die elektronische Datenverarbeitung und Speicherung zusammen mit der Neugier aller möglichen Instanzen eine Form der Information und auch der Daten-erinnerung entsteht, deren Sinn uns nicht immer ganz verständlich erscheinen will.

Ich meine damit nicht nur kleinere Erlebnisse, die mich früher immer bei Formularfragen befremdet haben. Wenn ich zum Beispiel in einem Gasthof abstieg, dann sollte ich darüber Mitteilung machen, ob ich evangelisch oder katholisch oder was anderes sei, obwohl dies wahrlich für die Qualität des Vertrages, den der Gastwirt mit mir abschließt, keine Bedeutung haben kann. Es gibt andere Formen der Formulare, die einen mißtrauisch machen. Wenn einer zum Beispiel einen Lebensversicherungsvertrag abschließt, was muß er da nicht alles über seine möglichen früheren, derzeitigen oder künftigen Krankheiten angeben, dann soll man auch noch seine Ärzte von der Schweigepflicht befreien.

Das sind alles Sachen, die man nicht gerne macht. Wenn das außerdem auch noch sehr technisch und sehr verschlüsselt und in seiner Aufbewahrung und Speicherung nicht ganz durchsichtig ist, dann entsteht ein Unbehagen gegenüber den Erscheinungsformen der wissenschaftlich-technischen Welt.

Trotzdem müssen wir verstehen, daß es möglich und notwendig ist, die Mittel der Statistik im Sinne dessen zu nutzen, was technisch möglich und was demokratisch erforderlich und persönlich zumutbar ist. Nun haben wir eine Auseinandersetzung erlebt, bei der für mein Gefühl manche der von mir geschilderten, mitunter etwas unguuten Empfindungen an der falschen Stelle, zum Ausdruck gekommen sind, nämlich bei der Volkszählung.

Wir haben eine längere, in ihren Auswirkungen durchaus kostspielige, aber wie ich meine, in ihrer demokratischen Durchsichtigkeit und Klärungswirkung gute Auseinandersetzung über die Notwendigkeit und Durchführung der Volkszählung gehabt. Das Bundesverfassungsgericht, unsere oberste Instanz in bezug auf die Einhaltung der Grundwerte und Grundrechte unserer Verfassung, hat sich geäußert, und ich möchte gerne die Gelegenheit unseres Zusammen-seins dazu benutzen, um noch einmal ein Zitat aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung hier

zu verlesen, das Ihnen allen bekannt ist, aber an das die Öffentlichkeit gelegentlich erinnert werden sollte. Ich zitiere das Bundesverfassungsgericht:

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage.“

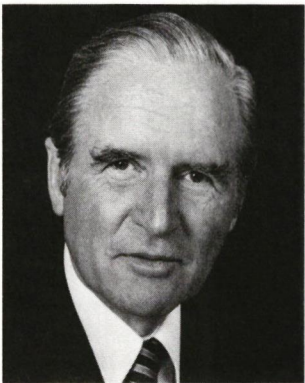
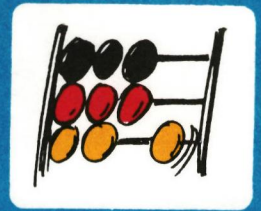
Hier wird in einem Deutsch, das sich an Immanuel Kant orientiert, in einem sehr langen, richtig durchkonstruierten kunstreichen Satzbau eine einfache Erkenntnis vermittelt, die wir auch einfach nutzen sollten. Das, was wir mit Hilfe der Volkszählung erheben, ersetzt nicht die politische Verantwortung der dafür gewählten Stellen, aber es macht politisch verantwortliche Entscheidungen der dafür verfassungsgemäß gewählten Stellen überhaupt erst möglich.

Wenn der Bürger möchte, und darauf hat er Anspruch, daß die Bundesregierung, die Landesregierungen und die kommunalen Selbstverwaltungsorgane in durchsichtiger, nachprüfbarer, auf objektiven Daten beruhender Weise Politik machen, dann ist es in seinem ureigensten Interesse, seinerseits mit dazu beizutragen, daß die statistischen Unterlagen dafür auch zur Hand sind. Würden wir uns der Volkszählung verweigern, dann würden wir zu einer erheblichen Verschleuderung von Steuergeldern und zu einer undurchsichtigen und letzten Endes unvernünftigen irrationalen Politik beitragen. Wollen wir aber die Durchsichtigkeit und Öffentlichkeit unserer Politik, dann müssen wir unsererseits auch dazu bereit sein, die Daten dafür zu liefern.

Ich denke, das Statistische Bundesamt mit allen dazugehörigen Länderorganisationen verfügt über jenes hohe Maß an Glaubwürdigkeit, das sowohl in bezug auf die Notwendigkeit der Erhebung dieser Daten als auch in bezug auf deren Geheimhaltung Gewähr bietet. Für diese Verlässlichkeit, die ich empfinde, wenn ich mit den Stellen des Statistischen Bundesamtes spreche, möchte ich mich auch meinerseits gegenüber unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen verbürgen.

Ich denke, daß wir uns in bezug auf diese Frage heftig auseinandergesetzt, aber auch zusammengefunden haben. Und ich meine, lassen Sie uns alle daran mitwirken, daß eine vernünftige Erhebung durchgeführt wird, daß sie ordnungsgemäß und in ihrer Verwendung geheim behandelt wird, und dann lassen Sie uns streiten, nicht darüber, ob eine Volkszählung gemacht werden soll, sondern lassen Sie uns, wie es in einer Demokratie das Gesunde und das Weiterführende ist, über die Politik streiten, die auf Grund der ermittelten Volkszählung der Mehrheit als die richtige erscheint.

Informationen zur Volkszählung'87



Karl Carstens

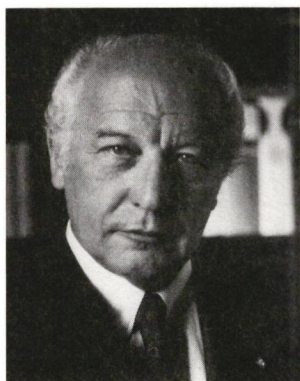
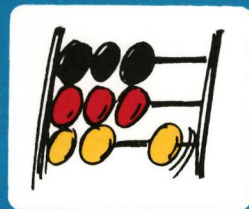
Bundespräsident a. D.

Ich möchte an alle Bürgerinnen und Bürger appellieren, bei der kommenden Volkszählung im Mai die gestellten Fragen vollständig und richtig zu beantworten. Der Protest gegen das Gesetz ist unbegründet. Die Angaben werden dringend benötigt, um sinnvoll planen zu können. Sie sind für die staatliche und für die kommunale Planung unverzichtbar.

Auch der Datenschutz ist gewährleistet. Das jetzt geltende Gesetz erfüllt voll die Forderungen, die das Bundesverfassungsgericht an ein Volkszählungsgesetz gestellt hat.

Wir alle erfreuen uns der Leistungen des Staates und der Gemeinden auf den verschiedensten Gebieten; aber ohne eine Planung, die auf gesicherten Grundlagen aufbaut, geht das alles nicht. Dazu ist die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich.

Informationen zur Volkszählung'87



Walter Scheel

Bundespräsident a.D.

Wir stehen vor einer großen Gemeinschaftsaufgabe:

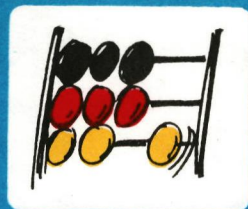
Mit dem Stichtag 25. Mai 1987 wird nach 17 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine Volkszählung durchgeführt. Hunderttausende ehrenamtlicher Zählerinnen und Zähler werden dazu beitragen, daß diese „Inventur des Staates“ möglich wird.

Für Bund, Länder und Gemeinden, für alle gesellschaftlichen Gruppierungen und damit für jeden einzelnen ist diese Volkszählung wichtig. Sie liefert Informationen für eine zukunftsorientierte Nutzung der wirtschaftlichen, sozialen, technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten unseres Landes. Die korrekte Verwendung dieser Informationen ist gewährleistet.

Ich appelliere an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Fragebogen richtig auszufüllen und bald zurückzureichen.

Walter Scheel

Informationen zur Volkszählung'87



Dr. Helmut Kohl

Bundeskanzler

Bundesvorsitzender der CDU

Die Volkszählung am 25. Mai 1987 ist ein großes Gemeinschaftsvorhaben der Bürger, des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Sie ist eine unverzichtbare Voraussetzung, damit Fehlplanungen verhindert, Steuergelder sparsam verwendet und staatliche Leistungen in dem wirklich erforderlichen Umfang den Bürgern zur Verfügung gestellt werden können. Wie zum Beispiel der Einzelhändler seine Bestände bei der Inventur feststellt, so muß auch der Staat über die Zahl der Bürger und den Umfang einzelner Bevölkerungsgruppen informiert sein. Die Volkszählung dient allen Bürgern, denn sie gewährleistet, daß für unsere Zukunft sorgfältig geplant werden kann.

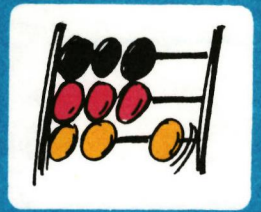
Das Volkszählungsgesetz 1987 ist nach sorgfältigen, sehr gründlichen parlamentarischen Beratungen zustande gekommen. Die Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD haben ihm einstimmig zugestimmt. Es berücksichtigt in vollem Umfang die Vorgaben des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung werden alle gesetzlichen Auflagen streng beachtet.

Die Beauftragten für den Datenschutz haben uns bestätigt, daß mit dem Volkszählungsgesetz 1987 alle Belange des Datenschutzes voll berücksichtigt sind. Kein Bürger braucht also Angst vor dem Mißbrauch seiner Angaben zu haben.

Boykottaufrufe gegen die Volkszählung sind ein Verstoß gegen geltendes Recht und ein schlimmes Beispiel für undemokratisches und rechtswidriges Verhalten. Sie sind auch ein unsolidarischer Verstoß gegen den Sozialstaat und die Interessen aller Bürger.

Ich rufe daher alle Bürger auf, in ihrem eigenen Interesse die Volkszählung zu unterstützen.

Informationen zur Volkszählung '87



Dr. Martin Bangemann

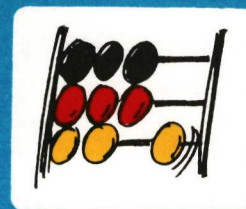
Bundesvorsitzender der F.D.P.

Die Volkszählung ist dringend notwendig. Sie ist „die unentbehrliche Handlungsgrundlage für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik“ (Bundesverfassungsgericht). Die Volkszählung bietet gegenwärtig die einzige Möglichkeit, um Staat und Gesellschaft die notwendigen Grunddaten für eine sachgerechte und vorausschauende Politik zu verschaffen, die im Interesse jedes einzelnen Bürgers liegt. Weder auf einige der zu erhebenden Daten noch auf die Auskunftspflichtung kann zur Zeit ganz oder teilweise verzichtet werden.

Alle Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des Persönlichkeitsrechts der Bürger sind vollständig berücksichtigt. Das nach ausführlichen parlamentarischen Beratungen beschlossene Volkszählungsgesetz beschränkt sich unter Berücksichtigung aller datenschutzrechtlichen Belange auf ein Mindestfragenprogramm. Es garantiert, daß die Fragen nicht über das Notwendige hinausgehen und daß die Anonymität der Bürger gewahrt bleibt.

Mat. Bang

Informationen zur Volkszählung '87



Norbert Blüm

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Wer eine solide Sozialpolitik will, der muß bei der Volkszählung mitmachen. Wer zum Boykott der Volkszählung aufruft, der behindert soziale Gerechtigkeit und handelt unsolidarisch gegen die Rentner, gegen die Arbeitslosen, gegen die Familien.

Eine solide, zielgenaue und zukunftsorientierte Sozialpolitik ist ohne verlässliche Bevölkerungsdaten nicht möglich.

Beispiele:

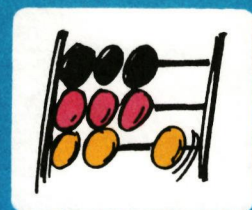
- Die längerfristige Finanzierung der Rentenversicherung und anderer Alterssicherungssysteme ist ohne verlässliche Daten über Erwerbsverhalten oder die Altersschichtung nicht sorgfältig zu organisieren.
- Viele Fördermittel orientieren sich an den regionalen Arbeitslosenquoten. Sie werden fehlgeleitet, wenn zwar die Arbeitslosenzahl exakt registriert wird, die regionale Bezugzahl der Erwerbstätigen jedoch nicht mehr stimmt.
- Strukturmaßnahmen im Gesundheitswesen oder Planungen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und häuslichen Pflege stehen auf wackligen Füßen, wenn die statistischen Daten über das Zusammenleben der Generationen oder den Altersaufbau der Bevölkerung nicht stimmen.
- Jede Weiterentwicklung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums – Fortbildung und Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Wiedereingliederung nach Erziehungszeiten, gezielte Hilfen für ältere Arbeitslose – setzt eine genaue Kenntnis über Erwerbsverhalten, Alter, Geschlecht und Ausbildung des Erwerbspersonenpotentials, Übergänge in die Rente, stille Reserven usw. voraus.

Neben einer Volkszählung bleiben weiterhin die amtlichen Stichproben (Mikrozensus) oder Stichprobenuntersuchungen von Forschungsinstituten zu Einzelfragen notwendig. Solche Stichproben führen jedoch nur zu verwertbaren Ergebnissen, wenn richtige Daten über die Gesamtbevölkerung verfügbar sind, also der Bezugsrahmen stimmt.

Beispiel: Eine repräsentative Stichprobe ergibt, daß 15 von 100 nicht erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 40 und 50 Jahren an beruflicher Qualifizierung interessiert sind. Für eine solide politische Planung ist ein solches Umfrage-Ergebnis nur verwertbar, wenn hinreichend exakt bekannt ist, wieviel nicht erwerbstätige Frauen es zwischen 40 und 50 Jahren insgesamt gibt.

Die Volkszählung ist deshalb aus sozialer Verantwortung dringend geboten.

Informationen zur Volkszählung'87



Anke Fuchs

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die Volkszählung 1987 ist notwendig. Denn sie schafft eine unentbehrliche Planungsgrundlage für die Politik von Bund, Ländern und Gemeinden.

Ein moderner Industrie- und Sozialstaat, wie die Bundesrepublik Deutschland, ist auf derartige Erhebungen angewiesen.

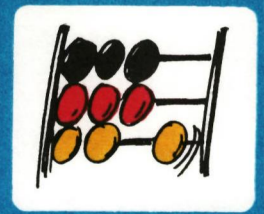
Niemand muß befürchten, daß er durch die Erhebung seiner Daten Nachteile erleidet. Dies haben die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder einhellig betont.

Die genaue Kenntnis der Bevölkerungszahl und der Altersstruktur der Bevölkerung ist gerade für Entscheidungen in der Renten-, Gesundheits- und Familienpolitik unerlässlich.

Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit macht sich das Fehlen zuverlässiger Daten über die Beschäftigungsstrukturen in einzelnen Regionen, über gefragte Berufe, über bevorzugte Standorte für Unternehmensansiedlungen sowie über Auswirkungen branchenbezogener Krisen besonders nachteilig bemerkbar.

Wer einen modernen und leistungsfähigen Staat will, muß deshalb für die Volkszählung eintreten. Wir Sozialdemokraten rufen alle Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich auf, sich an ihr zu beteiligen.

Informationen zur Volkszählung'87



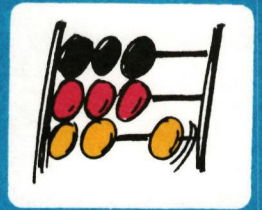
Wolfgang Mischnik

Fraktionsvorsitzender der F.D.P.-Bundestagsfraktion

Wir haben dafür gesorgt, daß das Volkszählungsgesetz kein Freibrief für staatliche Schnüffelei ist. Die Bürger können darauf vertrauen, daß ihre Daten nur bestimmungsgemäß für Statistikzwecke verwandt werden.

Unser Staat braucht diese Angaben dringend, um für politische Entscheidungen eine verlässliche Grundlage zu haben. Nur damit können Fehlinvestitionen vermieden werden, die später das Geld der Steuerzahler kosten.

Informationen zur Volkszählung'87

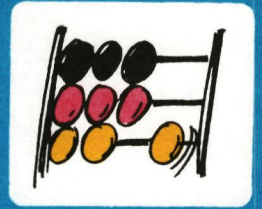


Johannes Rau

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Auf zahlreiche Zuschriften und in vielen öffentlichen Äußerungen habe ich bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, daß kein Zweifel für eine Notwendigkeit der Erhebung umfassender Planungsdaten besteht und daß die Volkszählung in der jetzt vorgesehenen Form den datenschutzrechtlichen Auflagen in vollem Umfang genügt.

Informationen zur Volkszählung'87



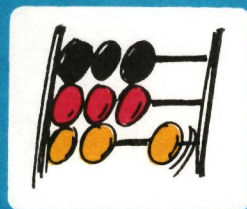
Dr. h.c. Lothar Späth

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Was für ein Unternehmen oder einen privaten Haushalt die „Inventur“ ist, das ist für unser Gemeinwesen die Volkszählung:

Sie nützt in erster Linie unseren Bürgern, weil sie uns die Daten liefert, die zur Verbesserung der Lebensverhältnisse jedes einzelnen gebraucht werden, ob es sich nun um den Wohnungs- oder Straßenbau, um die Sicherung der Renten oder um die Förderung der Ausbildungs- und Berufschancen unserer Jugend handelt.

Informationen zur Volkszählung'87



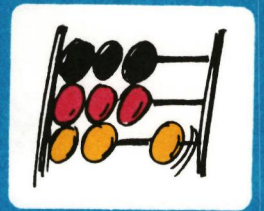
Dr. Manfred Rommel

Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart

Wir brauchen die Informationen aus der Volkszählung 1987, um den Bedarf an Kindergärten, Schulen, Büchereien, Theatern und Museen, Sport- und Freizeitanlagen, sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern sorgfältig planen zu können. Wer eine Politik für den Menschen fordert, darf Politik und Verwaltung nicht die Informationen vorenthalten, wo und wovon die Menschen leben, wo sie arbeiten, wie sie wohnen und wie sie den Arbeitsplatz erreichen.

Den Städten genügen nicht Daten für das gesamte Stadtgebiet. Sie brauchen auch richtige Daten für kleinere Einheiten innerhalb der Stadt, wenn richtig geplant und mit Steuergeld sorgfältig umgegangen werden soll.

Informationen zur Volkszählung '87



BVM-Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V.

1. Der BVM hält amtliche Vollerhebungen wie die Volkszählung '87 für notwendig und vorteilhaft für die Bevölkerung.

Begründung: Die Markt- und Sozialforschungsinstitute arbeiten mit Stichproben, befragen also immer nur einen Teil und niemals die Gesamtheit. Ob die Stichprobe die jeweilige Gesamtheit richtig abbildet, wird unter anderem daran gemessen, inwieweit die sogenannten Strukturdaten, die die Stichprobe liefert, – bei der Bevölkerung z. B. Geschlecht, Alter, Beruf usw. – mit denen der Gesamtheit übereinstimmen. Daten der Gesamtheit gewinnt man jedoch nur aus der amtlichen Statistik. Die Qualität von Stichproben wird u. a. daran gemessen, ob die Daten, die mit der amtlichen Statistik vergleichbar sind, mit dieser soweit wie möglich übereinstimmen.

2. Der BVM fordert, daß die Vollerhebungen in regelmäßigen, nicht zu langen Abständen stattfinden, d. h. also, etwa alle 10 Jahre.

Begründung: Übereinstimmungen zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit kann man sinnvoll nur anhand von Daten feststellen, die auch selbst stimmen. Wenn die amtliche Statistik trotz Fortschreibung nicht mehr stimmt, weil die letzte Volkszählung 17 Jahre zurückliegt, dann kann man auch aus der Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung von Stichprobendaten und (überholter) amtlicher Statistik keine Schlüsse mehr ziehen.

3. Für die Markt- und Sozialforschung werden amtliche Vollerhebungen sowohl für die Ziehung der Stichproben als auch für deren Kontrolle auf Strukturgetreuheit benötigt.

Begründung: Die Markt- und Sozialforschung braucht die Daten amtlicher Statistiken sowohl nachträglich, um die Qualität bereits durchgeführter Umfragen zu kontrollieren, als auch vielfach schon vorher, nämlich bei der Stichprobenziehung. Benutzt man dazu zwangsläufig veraltete amtliche Daten und kontrolliert dann die Stichprobe auch nur anhand dieser veralteten Daten, dann mag man zwar zu einer zahlenmäßigen Übereinstimmung kommen, kann aber die heutige Wirklichkeit dabei trotzdem falsch abbilden. Die Markt- und Sozialforschung arbeitet daher – ebenso wie viele andere Wirtschaftszweige – mit amtlichen Statistikdaten, die – nach Lage der Dinge – nur durch eine Volkszählung beschafft werden können.

4. Erhebungen der Markt- und Sozialforschung basieren grundsätzlich auf der Freiwilligkeit der Teilnahme, nehmen also Ausfälle – soweit sie unvermeidbar sind – hin. Für amtliche Vollerhebungen besteht dagegen Auskunftspflicht, weil Vollerhebungen, die nicht vollständig sind, dem Sinn und Zweck und dem gesetzlichen Auftrag der amtlichen Statistik nicht entsprechen würden.

Begründung: Eine amtliche Totalerhebung von Fakten, wie sie die Volkszählung darstellt, ist nur durch eine gesetzliche Auskunftspflicht möglich. Die Markt- und Sozialforschung legt großen Wert darauf, daß die Teilnahme an ihren Umfragen, die außer Fakten auch subjektive Meinungen und Einstellungen ermitteln, freiwillig ist. Sie unterscheidet sich also in diesem wesentlichen Punkt von der Volkszählung. Sie muß aber darauf hinweisen, daß gerade die Freiwilligkeit, die auch von Gegnern der Volkszählung immer wieder gefordert wird, nur dann sinnvoll ist, wenn Ergebnisse, die auf dieser Basis zustandekommen, mit den Strukturdaten der amtlichen Statistik verglichen werden können.

Informationen zur Volkszählung '87

BVM-Bundesverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V.

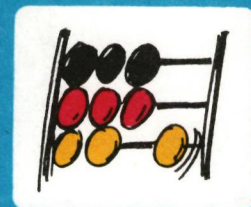
Jede Beschaffung von Planungsdaten (auch die amtlichen) auf der Basis der Freiwilligkeit durchzuführen, hätte zur Folge, den Teil der Bevölkerung, der sich freiwillig nicht beteiligt, von allen Planungsüberlegungen auszuschließen. Was es bedeutet, wenn bestimmte Bevölkerungsschichten die Teilnahme überwiegend verweigern, kann sich jeder selbst ausmalen. Wenn z.B. vorwiegend jüngere Leute die Teilnahme verweigern, dann fehlen die Planungsdaten bzw. dann gibt es falsche Planungsdaten gerade für den Teil der Bevölkerung, der an einem richtigen Handeln für die Zukunft besonders interessiert sein müßte.

5. Stichprobenerhebungen werden ohne amtliche Vollerhebungen zwar nicht unmöglich, aber erheblich schwieriger und möglicherweise in ihrer Qualität gefährdet. Deshalb warnt der BVM vor der Befolgung der gesetzwidrigen Boykott-Aufrufe gegen die Volkszählung '87.

Begründung: Ehe man weiß, wie sich die Boykott-Aufrufe tatsächlich auswirken werden, muß man leider auch an den Fall denken, daß die Volkszählung '87 – als Totalerhebung – mißlingt. Das würde zwar die Markt- und Sozialforschung nicht unmöglich machen; im Gegenteil: sie könnte sogar noch wichtiger werden, als sie es jetzt schon ist, denn eine Reihe von aktuellen Daten fehlte dann völlig. Beeinträchtigen würde es aber unsere Arbeit in den Punkten der Stichprobenziehung und der Kontrolle. Die Marktforscher wollen und müssen aber ihre Arbeit an den Daten der amtlichen Statistik überprüfen. Und sie wollen auch, daß andere dies überprüfen können.

6. Dem BVM liegt daran, daß die Volkszählung '87 ein Erfolg wird, weil sie der Wirtschaft und Gesellschaft nutzt. Deshalb wünscht der BVM, daß der Anonymitätszusage der amtlichen Statistik das gleiche Vertrauen entgegengebracht wird, das die Markt- und Sozialforschung seit Jahrzehnten genießt und das auch die Grundlage unserer Arbeit ist.

Informationen zur Volkszählung'87



Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

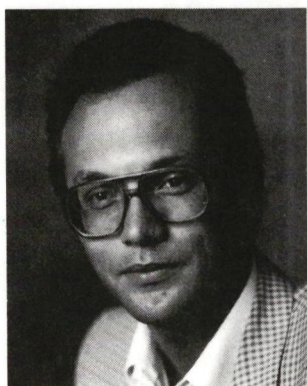
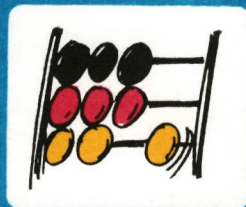
Stellungnahme zur Volkszählung 1987

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hat 1983 eine Stellungnahme zur damals durch das Bundesverfassungsgericht ausgesetzten Volkszählung abgegeben. Er hat dabei im einzelnen die Gründe dargelegt, weshalb auf eine Volkszählung auch in der Bundesrepublik nicht verzichtet werden sollte. Er hat zugleich auch Forderungen für die Verbesserung des Datenschutzes bei der Durchführung der Volkszählung aufgestellt. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurden diese Forderungen bekräftigt. Auf der jetzigen gesetzlichen Grundlage unterstützt der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie die Durchführung einer Volkszählung aus folgenden Gründen:

- Stichprobenbefragungen können eine Volkszählung nicht ersetzen. Die meisten Untersuchungen können zwar auf Stichprobenbasis durchgeführt werden. Aber bei der Stichprobenziehung, bei der fast immer erforderlichen nachträglichen Stichprobenkorrektur und bei der Hochrechnung der Stichprobenergebnisse auf die Gesamtbevölkerung sind die mit Stichproben arbeitenden Sozialwissenschaftler auf die Daten der amtlichen Statistik angewiesen. Damit diese Daten verlässlich sind, muß von Zeit zu Zeit eine Gesamterhebung durchgeführt werden. Damit überhaupt sinnvoll mit Stichproben gearbeitet werden kann, muß es also von Zeit zu Zeit einen Zensus geben.
- Eine Volkszählung ist weiter vor allem erforderlich, um verlässliche und vergleichbare Daten für kleinräumige Gebiete (Gemeinden, einzelne Stadtbezirke) zu gewinnen. Dafür könnte die Volkszählung nur durch eine Vielzahl von Spezialuntersuchungen ersetzt werden. Sie wären letztlich teurer und würden den Bürger mehr belasten.
- Die Volkszählung ist ein milderer Mittel als die Alternativen, die zu erwarten sind, wenn eine Volkszählung nicht durchgeführt werden kann. Der Staat würde dann versuchen, die erforderlichen Daten auf anderem Wege zu gewinnen, z.B. durch stärkere Kontrolle und Zentralisierung des Einwohnermeldewesens oder gar durch die Zusammenführung bestehender Register.
- Eine demokratische Gesellschaft muß über sich selbst Bescheid wissen. Die statistischen Daten müssen der Wissenschaft zur Verfügung stehen, damit sie auf dieser Grundlage die Entwicklung der Sozialstruktur und die Folgen staatlicher Maßnahmen (z.B. in Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) öffentlich beobachten kann.

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie nimmt die Besorgnisse der Bevölkerung ernst und fordert die mit der Volkszählung befaßten Stellen auf, alles zu tun, damit die Bevölkerung sicher sein kann, daß eine datenschutzrechtlich einwandfreie Durchführung gewährleistet ist und daß die erhobenen Daten nur für statistische Zwecke verwendet werden.

Informationen zur Volkszählung'87



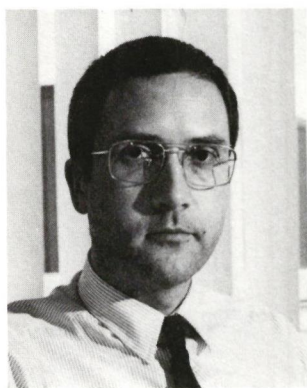
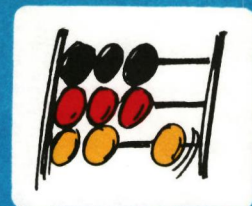
Dr. rer.pol. Heinz P. Galler

Professor für quantitative Wirtschaftspolitik
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
Universität Bielefeld

Praktisch alle politischen Entscheidungen haben heute erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Unsere Gesellschaft kann es sich daher nicht leisten, politische Maßnahmen ohne angemessene Vorbereitung zu treffen. Hierin liegt eine Aufgabe auch für die Wissenschaft. Sie kann sie aber in vielen Bereichen nur erfüllen, wenn aktuelle Informationen über den Umfang und die Struktur der Bevölkerung verfügbar sind, die nur die Volkszählung liefern kann. Auch Stichprobenerhebungen zu Spezialfragen können erst auf der Basis der Volkszählungsergebnisse angemessen ausgewertet werden. Deshalb brauchen wir die Volkszählung 1987.

Heinz P. Galler

Informationen zur Volkszählung'87



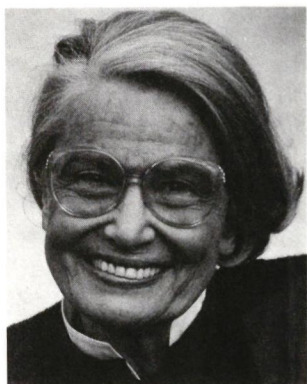
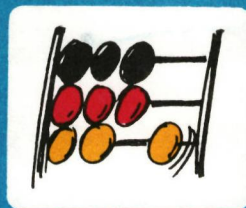
Manfred Güllner

FORSA

Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH

Nach 17 Jahren wird zum Stichtag 25. Mai 1987 in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine Volkszählung durchgeführt. Viele Zahlen, viele Daten, viele Informationen werden dabei verarbeitet und ausgewertet. Um diese zahlreichen Angaben der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, hat der Gesetzgeber alles Notwendige getan. Eine Verletzung der Privatsphäre und einen Mißbrauch der Daten braucht daher keine Bürgerin und kein Bürger zu befürchten.

Informationen zur Volkszählung '87



Prof. Dr. phil. Dr. oec. h.c. Elisabeth Noelle-Neumann

Institut für Demoskopie, Allensbach

Egal, was wir tun – ob wir ein Haus bauen, eine Schule, Straße, Betriebe, ob wir einkaufen, ein Fest vorbereiten – immer brauchen wir zuverlässige Zahlen, um danach die Größe und die Menge und die Häufigkeit zu bemessen. Das gilt genau so für den Staat, er kann nicht handeln ohne zuverlässige Zahlen.

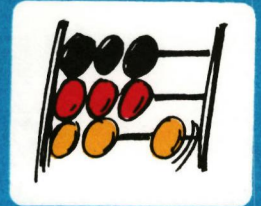
Auch wir brauchen für unsere Arbeit die Volkszählung '87:

Um zum berühmten „repräsentativen Querschnitt“ zu kommen, erhalten unsere 1 400 im Bundesgebiet mit West-Berlin verteilt wohnenden nebenberuflichen Interviewer Anweisungen, wieviele Männer und wieviele Frauen in welchen Altersgruppen und welcher Berufstätigkeit an Orten bestimmter Regierungsbezirke und bestimmter Ortsgrößen sie zu befragen haben. Zuverlässig können wir das nur berechnen auf der Grundlage von Volkszählungen.

1983 hatte ich Bedenken, die ich in aller Öffentlichkeit geäußert habe. So wie es jetzt ist, habe ich keinerlei Bedenken gegenüber der Volkszählung.

Elisabeth Noelle-Neumann

Informationen zur Volkszählung'87



Professor Erwin K. Scheuch

Leiter des Instituts für angewandte Soziologieforschung der Universität Köln

Der Zensus läßt sich nicht ersetzen

Leben in der Bundesrepublik Deutschland 60 oder 61 Millionen Bürger? Die letzte Volkszählung gab es vor nunmehr 17 Jahren. Nach einer solchen Volkszählung wird aufgrund der An- und Abmeldungen bei den Einwohnermeldeämtern der Bevölkerungsstand korrigiert – man nennt dies das Fortschreiben des Zensus. Und das ergibt die Zahl von 61 Millionen Menschen.

Seit dieser letzten Volkszählung führt das Statistische Bundesamt mehrmals jährlich Stichprobenerhebungen durch: einen Mini-Zensus mit großem Frageprogramm und Auskunftspflicht. Hier sind die Umstände der Erhebung gut zu kontrollieren, weil die Statistiker sich auf eine kleinere Zahl von Fällen konzentrieren können. Nach diesen Mikro-Zensen gibt es hierzulande 60 Millionen Menschen, und das ist wahrscheinlich auch die richtige Zahl. Warum also dann doch Volkszählung, wenn wir auf andere Weise die Zahl der Bundesbürger genauer kennen?

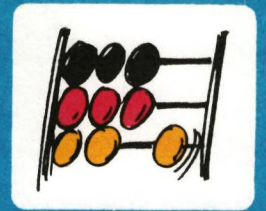
Eine Vollerhebung – also die Volkszählung – ist zunächst aus zwei Gründen durch eine Stichprobe nicht zu ersetzen. Einmal geht es um viele Untergruppen in unserer Gesellschaft – Berufe wie Schornsteinfeger, Pharmavertreter oder Gemüsebauer, die mit den kleinen Füllzahlen einer Stichprobe nicht mehr darzustellen sind. Als Faustregel kann gelten: Was in unserem Land in weniger als fünf Prozent vorkommt, ist mit einer Stichprobe nicht mehr zureichend abzubilden. Für die Praxis noch wichtiger ist es, genaue Zahlen für die einzelnen Gemeinden und Gebiete zu erhalten. Will ich die Verkehrsplanung von Köln weiterführen, will ich eine ausreichende Anzahl von Krankbetten und Schulen für Brühl planen, dann nützt mir die Kenntnis eines Durchschnitts auf Bundesebene überhaupt nichts.

Nicht zuletzt sind die ganzen Ausgleichszahlungen zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften – Ländern, Kreisen, Gemeinden – ohne Zahlen für die einzelnen Gebiete ohne Grundlage. Es ist gewiß, daß aufgrund der nur fortgeschriebenen Zahlen des letzten Zensus einige Gemeinden weniger Geld erhalten als sie es aufgrund ihrer tatsächlichen Bewohner bekommen müßten, und andere Überzahlungen empfangen. Merke: der ganze Wohlfahrtsstaat ist ohne Volkszählung nicht zu administrieren. Volkszählungssabotage ist Sabotage des Systems der Sozialleistungen. Verschiedentlich wird in der Öffentlichkeit behauptet, anstelle der Volkszählung könnte man doch auf die amtlichen Register zurückgreifen; so geschehe es doch in Skandinavien. Im Klartext bedeutet das, daß das Einwohnermeldeamt dem Sozialamt seine Meldedaten zukommen ließe, das Sozialamt seine Daten dem Finanzamt, und die Baubehörde die seinen dem Verkehrsamt. Das ist sicherlich nicht unpraktisch, falls diese amtlichen Register stimmen sollten. Es widerspricht aber fundamental dem Datenschutz. Der ist im Kern bei uns das Verbot, die verschiedenen Register über einzelne Bürger miteinander zu verknüpfen. Es ist gewiß verständlich, daß der „Gläserne Mensch“ am ehesten noch in Schweden verwirklicht ist; denn dort gibt es den Wohlfahrtsstaat, und der ist bei „Gläsernen Menschen“ einfacher umzusetzen. Wer aber den Datenschutz für wichtig hält, der kann nicht für eine Verknüpfung von Registern sein – oder er weiß nicht, wovon er redet.

Es gibt kein einziges Land auf dieser Welt mit einer normalen Staatsverwaltung – ob kommunistisch, marktwirtschaftlich, oder irgendetwas anderes – wo die Tatsache der Volkszählung ein Streitpunkt wäre. 1980 führten die USA ihre große Zählung durch, und das gab ebensowenig Diskussion wie die große Zählung 1982 in der Volksrepublik China. Dort war es im Gegenteil ein Gegenstand des Stolzes, eine solche Zählung mit qualitativ guten Vorgehensweisen abgewickelt zu haben.

Ist Volkszählung nötig? Soll ich mich an ihr beteiligen? Wer so fragt, ist in allen normal verwalteten Ländern dieser Welt sofort als etwas Einmaliges erkennbar: So einer kann nur aus der Bundesrepublik kommen.

Informationen zur Volkszählung'87



Professor Dr. Gerhard Seegmüller

Ordinarius für Informatik an der Universität München

Datensicherheit bei der Volkszählung 1987

I.

Bei der Be- und Verarbeitung der Volkszählungsdaten durch die Erhebungsstellen und die Statistischen Ämter sind bezüglich des Anonymisierungsgrades der Daten drei Phasen zu unterscheiden:

Phase 1: Während der zunächst stattfindenden Eingangs-, Vollzähligkeits- und Vollständigkeitskontrollen besteht eine direkte Zuordnung zwischen Namen, Adressen und persönlichen Daten.

Phase 2: Es werden die Namen und Adressen abgetrennt. Sie stehen nicht mehr zur Verfügung. In dieser Phase erfolgt eine Ordnung des Materials nach Blockseiten.

Phase 3: Dies ist die Phase der Erzeugung von Statistiken durch Aggregierung des in Phase 2 bereitgestellten Ausgangsmaterials nach statistischen Verfahren.

In Phase 1 sind die Daten direkt identifizierbar. In Phase 2 ist im Prinzip die Lokalisierung von einzelnen Merkmalsätzen über Vorgabe eines Teils der Merkmale möglich. In Phase 3 sind die Daten wegen der durchgeführten Aggregierung anonym im Sinne dieses vom Bundesverfassungsgericht verwendeten Begriffes.

Zur Verhinderung des Mißbrauchs von Daten der Phasen 1 und 2 sind in Erfüllung der Auflagen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts, sowie des Volkszählungsgesetzes und des Bundesstatistikgesetzes für die Erhebungsstellen und die Statistischen Ämter umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Sie können stichwortartig wie folgt gekennzeichnet werden: Besondere Verpflichtung und exklusive Zuordnung der Mitarbeiter, physische Abschottungen, DV-technische Abschottungen (z.B. keine on line-Verarbeitungen, nur Magnetbänder als Datenträger, vollständige Zugriffs- und Verarbeitungsüberwachung), Transportüberwachung, organisatorische Funktionstrennungen.

II.

Das Recherche-Experiment der Autoren Fischer-Hübner und Brunnstein an einem synthetischen Bevölkerungsmodell mit einem Mikrorechner-Datenbanksystem bezieht sich auf Daten, die als Ergebnis der oben genannten Phase 2 entstehen. Wie schon festgestellt, sind diese Daten naturgemäß nicht anonym. Die Lokalisierung von Einzelsätzen aus einer Gesamtheit gleichartig aufgebauter Datenelemente ist eine allseits bekannte Erfahrung des täglichen Lebens. Am augenscheinlichsten ist sie bei seltenen Merkmalen (z.B. Pfarrer eines Ortes, Präsident eines Landesparlaments). Hier genügen schon zwei Merkmale. Mit steigender Merkmalshäufigkeit werden dann eben entsprechend mehr Merkmale benötigt. Das Recherche-Experiment von Brunnstein ist somit eine reine Fleißarbeit zur Reproduktion von ohnehin bekannten Sachverhalten ohne jeglichen wissenschaftlichen Erkenntniswert. Man kann daraus nach den obigen Darlegungen keinerlei Schlüsse auf die Datensicherheit bei der Aufbereitung der Volkszählungsdaten ziehen. Schon gar nicht wird dadurch die Verfassungsmäßigkeit der Durchführung der Volkszählung berührt.



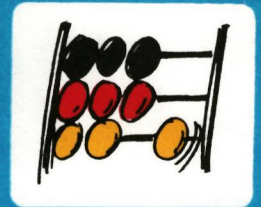
Informationen zum Volkszählungsgesetz 1983

Das Bundesverfassungsgericht sieht in seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz 1983 die Praxis des Datenverarbeitungsprozesses, einschließlich der Phasen 1 und 2, durch die Statistischen Ämter geradezu als Standard bei statistischen Verarbeitungen an (Urteil des BVerG S. 51 und 69).

III.

Die von den Autoren Fischer-Hübner und Brunnstein regelmäßig unterstellte kriminelle Handlungsweise von Mitarbeitern der Ämter entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage und widerspricht der jahrzehntelangen gegenteiligen Erfahrung und meinen eigenen Beobachtungen bei mehreren Begehungen von Statistischen Ämtern in den Jahren 1983 und 1987.

Informationen zur Volkszählung '87

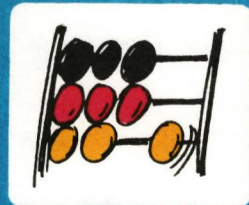


Prof. Dr. Klaus G. Troitzsch

Sache der Statistik und damit auch der Volkszählung '87 ist es aber, dazu zu verhelfen, daß transparenter wird, wo die Bezugnahme auf Daten und auf die aus ihnen argumentativ abgeleiteten Sachzwänge nur die nicht offengelegten Interessen kaschiert, und dafür zu sorgen, daß die Daten, die im politischen Prozeß von einigen zur Untermauerung ihrer Entscheidungen genutzt werden, allen am politischen Prozeß Beteiligten verfügbar sind. Nur dies ermöglicht rationale Kritik und effektive Kontrolle.

Nicht zum Boykott der Volkszählung gilt es aufzurufen, sondern dazu, daß Bürgerinnen und Bürger wirksamer und unbequemer als bisher danach fragen, ob die Politik die Ergebnisse einer Volkszählung auch sachgerecht genutzt hat.

Informationen zur Volkszählung'87



Der wissenschaftliche Beirat für Mikrozensus und Volkszählung

nimmt Stellung zu

Fragen zur Volkszählung 1987

Der Wissenschaftliche Beirat für Mikrozensus und Volkszählung hat am 3. Dezember 1986 dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages über seine Tätigkeit berichtet. Er hat dabei zu der Frage Stellung genommen, ob seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 neue Erkenntnisse im Bereich der Statistik und der Sozialforschung gewonnen worden sind, die es erlauben würden, für die Volkszählung 1987 mildere Mittel einzusetzen. Er ist zu folgenden Feststellungen gekommen:

Die Volkszählung muß als Vollerhebung, bei der jeder Bürger befragt wird, durchgeführt werden. Sie soll sowohl sachlich als auch räumlich tiefgegliederte Ergebnisse mit hoher Genauigkeit liefern und wird als verlässliche Basis für Stichprobenerhebungen dringend benötigt.

Auf die Pflicht zur Auskunft kann bei der Volkszählung 1987 nicht verzichtet werden. Eine freiwillige Beantwortung würde zu irreparablen Fehlern in den Ergebnissen der Zählung führen, weil dann die Antwortausfälle im Durchschnitt sehr hoch und in den Bevölkerungsgruppen recht verschieden wären.

Der Beirat sieht in den Vorschlägen, die Volkszählung durch Auswertungen von amtlichen Registern oder durch Zusammenführung bereits vorhandener statistischer Daten zu ersetzen, keine akzeptable Alternative zur Volkszählung 1987. Dafür sind folgende Gründe maßgebend:

- Falls die Volkszählung durch Registerauswertungen ersetzt werden sollte, müßten die Daten verschiedener Register miteinander verbunden werden. Damit würden Gefährdungen des Datenschutzes heraufbeschworen. Aus diesem Grund hat auch das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil ein solches Verfahren abgelehnt.
- Die verfügbaren Dateien über die Bürger enthalten überdies auch gar nicht alle Informationen, die für die Volkszählung benötigt werden (z.B. fehlen aktuelle Angaben zum Beruf).
- Die Dateien entsprechen derzeit weder in ihrem Inhalt noch in ihrem Umfang dem aktuellen Stand: Daten sind häufig veraltet und unvollständig.

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Volkszählung 1987 ist weitaus höher als die zu veranschlagenden Kosten. Eine der Zielsetzungen der Volkszählung liegt in der Aktualisierung von Informationen, die als Grundlage für wichtige Planungen (z.B. im Bereich der Alterssicherung und des Finanzausgleichs) und Investitionen (z.B. in den Bereichen Verkehr, Wohnungswesen, kommunale Infrastruktur) benötigt werden. Fehlinvestitionen infolge mangelnder Informationen übersteigen die mit der Volkszählung verbundenen Kosten rasch um ein Vielfaches.

Die Belastungen der Bürger durch das Frageprogramm der Volkszählung 1987 sind so gering wie möglich gehalten. Es erfüllt noch nicht einmal ganz das Grundprogramm und nur Teile des Zusatzprogramms der von den Vereinten Nationen für Volkszählungen ausgesprochenen Empfehlungen. Andere hochentwickelte Staaten haben durchweg stärker differenzierte Fragebögen. Nur in einigen skandinavischen Ländern, in denen faktisch und juristisch die Möglichkeit besteht, Informationen aus vorhandenen Registern personenbezogen zusammenzuführen, wird der Fragebogen entsprechend entlastet.

Die bei den Bürgern erhobenen Daten werden zu statistischen Ergebnissen zusammengefaßt, aus denen Einzelangaben nicht mehr erkennbar sind. Der Beirat hat in seiner Arbeit die Überzeugung gewonnen, daß in den statistischen Ämtern und Erhebungsstellen und von seiten der Datenschutzbeauftragten alles getan wird, um eine datenschutzrechtlich einwandfreie Durchführung der Volkszählung 1987 zu gewährleisten.

Entsprechend dem Auftrag des Gesetzgebers hat der Beirat für die Jahre 1987 bis 1989 ein Forschungsprogramm entwickelt, das zeigen soll, ob der Einsatz von mildereren Mitteln bei Erhebungen der amtlichen Statistik möglich ist, ohne daß dabei ihre Funktion beeinträchtigt wird.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht der Beirat keine Alternative zur Volkszählung. Die Volkszählung ist kein Instrument zur Ausforschung der persönlichen Lebensverhältnisse der Bürger. Sie ist als Grundlage für planvolles Handeln unentbehrlich und dient in vielfältiger Weise gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Prof. Dr. Karl-August Schäffer

Direktor des Seminars für Wirtschafts- und Sozialstatistik der Universität zu Köln

Prof. Dr. Heinz Grohmann

Johann Wolfgang Goethe-Universität Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Statistisches Seminar Frankfurt am Main – Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft –

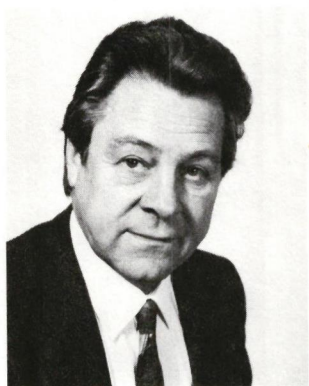
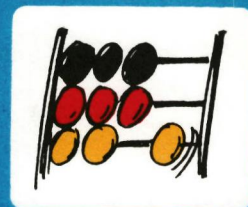
Prof. Dr. Hartmut Esser

Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen e.V.
ZUMA Mannheim

Prof. Dr. Walter Müller

Empirische Sozialforschung, Angewandte Soziologie an der Universität Mannheim

Informationen zur Volkszählung'87



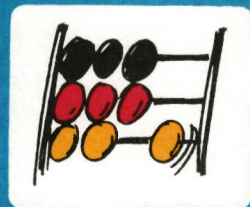
Heinrich Franke

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit

Ich bin ein Verfechter der neuen Volkszählung. Ich halte sie aus gesamtgesellschaftlicher Sicht, insbesondere aber aus meiner Verantwortung für den Arbeitsmarkt und für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für unverzichtbar.

Fazit: Eine neue Volkszählung liegt im Interesse aller. Wer sie behindert oder boykottiert, macht sich verantwortlich für eventuelle Fehlentwicklungen, die uns Milliarden Mark kosten können. Die Mißbrauchangst ist kein Argument mehr. Wer sich ernsthaft mit den Notwendigkeiten der Volkszählung auseinandersetzt, muß sich dafür einsetzen, daß sie endlich und verantwortungsbewußt durchgeführt wird. Es ist höchste Zeit für eine neue Volkszählung.

Informationen zur Volkszählung '87

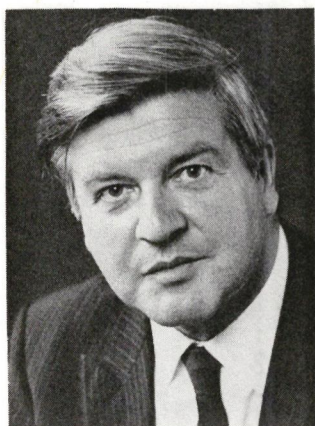
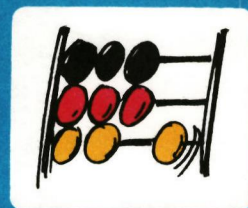


Kommunique der 16. Sitzung des Rates der evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD)

– Auszug –

Nach Auffassung des Rates der EKD ist die bevorstehende Volkszählung sinnvoll und vertretbar, die Angaben betreffen nicht nur die Belange des einzelnen Bürgers, sondern dienen auch den Interessen des Gemeinwohls. Der Rat sieht keinen Grund, die Beantwortung der Zählbogen abzulehnen. Die Ergebnisse helfen auch den Kirchen, ihren Dienst auf der Grundlage verlässlicher Daten zu planen. Der Rat bittet die Kirchenmitglieder, zum Gelingen der Volkszählung beizutragen.

Informationen zur Volkszählung '87



Prof. Dr. Hans Maier

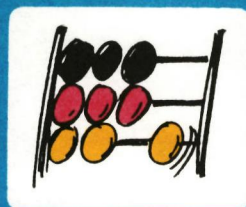
Präsident des Zentralkomitees
der deutschen Katholiken

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken begrüßt es, daß im Mai 1987 in der Bundesrepublik wieder eine Volkszählung durchgeführt wird.

Die Ergebnisse der letzten Volkszählung aus dem Jahr 1970 sind inzwischen durch die Bevölkerungsentwicklung, durch die beruflichen und sozialen Veränderungen sowie durch die Gemeindereform weitgehend überholt. Insbesondere bei den brennenden Problemen im sozialen Bereich zeigt sich immer mehr, daß wachsenden Aufgaben geringere Finanzmittel gegenüberstehen. Der Zentralrat der deutschen Katholiken ruft deshalb zur Unterstützung der Volkszählung '87 auf. Die Kirchen, die einzelnen Gemeinden brauchen fundiertes Zahlenmaterial aus der Volkszählung 1987 für ihre seelsorgerischen Tätigkeiten und zur Abschätzung der Notwendigkeiten praktischer Hilfe für Gruppen von Gläubigen.

Hans Maier →

Informationen zur Volkszählung '87



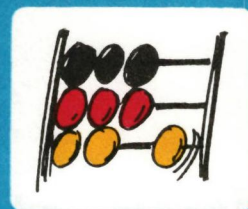
Dr. Gertrud Jäger

Vorsitzende der Vorstände
des Berliner Verein Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit
und des Berliner Verein Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

Die letzte Volkszählung fand in der Bundesrepublik vor 17 Jahren statt; eine Tatsache, die nicht nur für einen modernen, auf rationale, politische Entscheidungen angewiesenen Staat, sondern auch für die Wirtschaft als höchst unbefriedigend angesehen werden muß.

Aktuelle Ergebnisse sind unverzichtbare Grundlage für zahlreiche Entscheidungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für die praktische Arbeit in den Versicherungsunternehmen sind zeitnahe Daten und einwandfreies, verlässliches Zahlenmaterial von erheblicher Bedeutung. Denn auf der Basis der gegenwärtig verfügbaren Daten lassen sich Fragen, z.B. nach der tatsächlichen Alterszusammensetzung der Bevölkerung in der Bundesrepublik ebenso wie nach der Zahl der Haushalte und Wohnungen, schon seit längerem nicht mehr eindeutig und zweifelsfrei beantworten. Wegen der langfristig laufenden Verträge brauchen gerade die Versicherungsunternehmen zur Sicherung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes und einer zuverlässigen Finanzierungsgrundlage präzise Kenntnisse über Stand, Entwicklung und Struktur der Bevölkerung, um – im Interesse ihrer Versicherten – preisgünstige Beiträge kalkulieren zu können. Die hierfür erforderlichen statistischen Daten liefert die Volkszählung.

Informationen zur Volkszählung'87



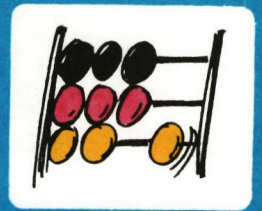
Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)

Vom Erfolg der Erhebung hängen wichtige Erkenntnisse über vielfältige gesellschaftliche Bedürfnisse und weiteres planvolles staatliches Handeln ab.

Die Weiterentwicklung der Behindertenhilfe, die wachsende Zahl alter und pflegebedürftiger Menschen, aber auch Daten der Jugendhilfe erfordern hinreichend sichere Erkenntnisse für zukünftige Planungen.

Im gegenwärtigen Stadium kann trotz fortgeschrittener Entwicklung statistischer und sozialwissenschaftlicher Methoden mangels besserer Alternativen auf eine Erhebung nicht verzichtet werden.

Informationen zur Volkszählung'87



Erklärung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände

1. Die Städte, Gemeinden und Kreise benötigen – wie Bund und Länder – nach 17 Jahren dringend aktuelle Daten über die Bevölkerungsstruktur, die vorhandenen Gebäude und Wohnungen sowie die Arbeitsstätten, um ihre Aufgaben sachgerecht erfüllen zu können. Diese Informationen nutzen nicht nur dem Staat, sondern allen Teilen der Gesellschaft und damit jedem Bürger.
2. Das Volkszählungsgesetz 1987, das mit den Stimmen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD 1985 im Bundestag verabschiedet worden ist, berücksichtigt die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung 1983 in allen Punkten und geht – was den Datenschutz und die Datensicherheit betrifft – teilweise darüber hinaus. Dies hat der Bundesdatenschutzbeauftragte mehrfach bestätigt. Für die Gewährleistung eines wirksamen Datenschutzes der erhobenen Angaben werden in den Städten, Gemeinden und Kreisen umfassende Maßnahmen zur Abschottung der Erhebungsstellen getroffen. Die Bürger können deshalb davon ausgehen, daß ihre Angaben geheim bleiben.
3. Eine Volkszählung kann nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Notwendigkeit einer derartigen Statistik von der Bevölkerung akzeptiert wird. Durch vermehrte Aufklärung und Information jedes einzelnen müssen offensichtlich vorhandene Informationsdefizite zum Inhalt und zur Durchführung der Volkszählung abgebaut werden.
4. Größte Bedeutung kommt der aktiven Mitarbeit der Bürger als Zählerin oder Zähler zu. Sie werden sorgfältig ausgewählt und helfen den Befragten als Vertrauensperson beim Ausfüllen der Erhebungspapiere, falls dies gewünscht wird. Die Erhebungsstellen bemühen sich, eine ausreichende Zahl geeigneter Zähler zu gewinnen, indem sie eine attraktive Zählerentschädigung anbieten. Sollten jedoch nicht genügend Bürger bereit sein, freiwillig diese ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen, so werden Verpflichtungen ausgesprochen werden müssen.
5. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bittet alle Bürgerinnen und Bürger, sich an der Durchführung der Volkszählung zu beteiligen, indem sie die vollständig ausgefüllten Erhebungsbogen rechtzeitig an die Zähler übergeben oder unmittelbar an die Erhebungsstellen senden. Der Boykott gegen ein Gesetz, das nach ausführlicher parlamentarischer Beratung mit breiter Mehrheit im Bundestag verabschiedet wurde, sowie der Aufruf zum Widerstand sind rechtswidrig.
6. Die Kommunen sind bereit, ihren Teil zu einer erfolgreichen Durchführung des Zählungswerks beizutragen. Umfassende Maßnahmen, beispielsweise zur räumlichen, organisatorischen und personellen Trennung der Erhebungsstellen von der übrigen Verwaltung, sind bereits getroffen worden.
7. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände erwartet, daß sich bei Bund und Ländern die Erkenntnis durchsetzt, daß die mit der Volkszählung verbundene finanzielle Belastung nicht zum überwiegenden Teil von den Kommunen getragen werden kann. Die Kommunen sind sicher, daß der volkswirtschaftliche Nutzen der neuen Daten größer sein wird als die Kosten.

Herbert Schmalstieg

MdL, Oberbürgermeister, Amt. Präsident des Deutschen Städtetages

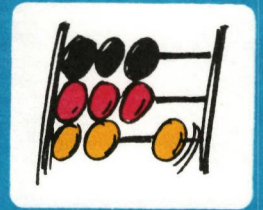
Joseph Köhler

Landrat, Präsident des Deutschen Landkreistages

Hans Gottfried Bernrath

MdB, Bürgermeister, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

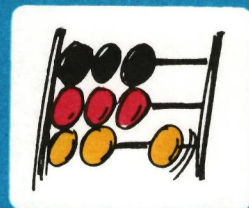
Informationen zur Volkszählung'87



Gemeinsame Erklärung der Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

In der Erklärung wird auf die Dringlichkeit aktueller Strukturdaten der Bevölkerung und Volkswirtschaft hingewiesen. Wörtlich heißt es dazu: „Die Ergebnisse der Volkszählung bilden eine unverzichtbare Grundlage für staatliche Zukunftsentscheidungen sowie für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Maßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden. Sie stellen eine wichtige Hilfe für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wohnungswirtschaft, den Umweltschutz und das Bildungswesen dar. Realistische und brauchbare Ergebnisse liegen deshalb im Interesse jedes einzelnen Bürgers.“

Informationen zur Volkszählung'87



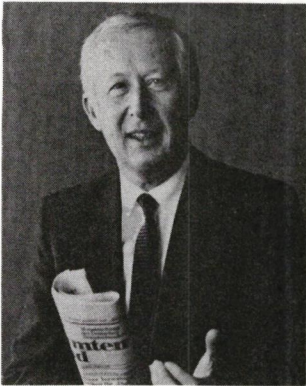
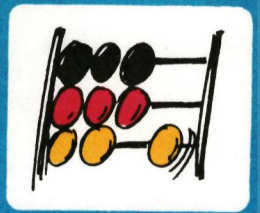
Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck

Deutscher Bauernverband e.V.

Nach dem Volkszählungsgesetz 1987 wird am 25. Mai dieses Jahres eine Volkszählung durchgeführt. Diese Maßnahme ist für eine sachgerechte und vorausschauende Politik außerordentlich wichtig, weil dadurch der Staat die zwingend erforderlichen Informationen für sein künftiges Handeln und Planen erhält. Ermittelt werden – 17 Jahre nach der letzten Volkszählung – die notwendigen Grunddaten über die Bevölkerung, Wohnungen, Gebäude und Arbeitsstätten.

Aber auch Wissenschafts- und Berufsverbände, Tarifpartner und Parteien sowie die Wissenschaft sind bei ihren Überlegungen und Planungen auf die Ergebnisse einer solchen Zählung angewiesen. Sie ist auch für den Agrarbereich von großer Bedeutung. Um beispielsweise aus der Bevölkerungsentwicklung auf den Nahrungsmittelbedarf schließen zu können oder die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum verbessern zu können, sind Daten über die Zahl der Einwohner, ihre Zusammensetzung, ihre räumliche Verteilung sowie ihre wirtschaftliche Betätigung unentbehrlich.

Informationen zur Volkszählung '87



Alfred Krause

Bundsvorsitzender des
Deutschen Beamtenbundes

Die letzte Volkszählung ist vor 17 Jahren durchgeführt worden. Die damals erhobenen Daten sind veraltet und nicht mehr repräsentativ. Damit wächst die Gefahr, daß Entscheidungen im Rahmen von Politik und Verwaltung nicht mehr in dem gebotenen Maß an Tatsachen ausgerichtet werden können. Dies kann sowohl zu ungerechten Entscheidungen zu Lasten des einzelnen als auch zu Entscheidungen führen, die den Bedürfnissen der Allgemeinheit für die Zukunft nicht mehr entsprechen.

Die Bundesrepublik Deutschland als hochentwickelter Industriestaat kann auf Dauer wirkungsvolle Entwicklungsplanungen sowie Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung nur dann durchführen, wenn sie über einen abgesicherten aktuellen, umfassenden und zuverlässigen Datenbestand verfügt. Die Effizienz gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Planungen hängt ganz entscheidend von der Kenntnis entsprechender Daten ab. Nur wenn diese Kenntnis vorhanden ist, können die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen von Entscheidungen übersehen werden. Aktuelle Daten tragen zur Verlässlichkeit und Durchsichtigkeit von Politik und Verwaltungshandeln bei.

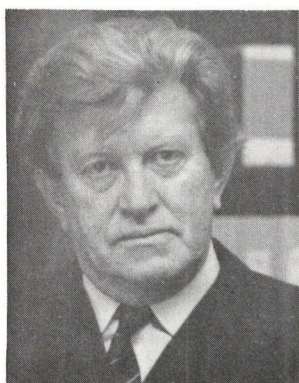
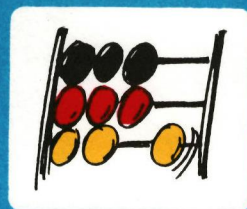
Die von Gegnern der Volkszählung immer wieder unvollständig zitierte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung hat gerade dieses Ziel als wesentliches Anliegen der Zählung bezeichnet. Eine am grundgesetzlich festgeschriebenen Sozialstaatsprinzip orientierte Politik bedarf, wie das Bundesverfassungsgericht zu Recht herausgestellt hat, der Kenntnis der entscheidenden Daten als Handlungsgrundlage. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten gerade auch unter Kostengesichtspunkten die Möglichkeiten der automatischen Datenverarbeitung bei umfassender Berücksichtigung des Datenschutzes genutzt werden.

Das Volkszählungsgesetz bietet hierzu eine ausreichende Grundlage und die Gewähr für eine wirkungsvolle Inventur des Staates. Es ermöglicht an Tatsachen ausgerichtete Entscheidungen von Politik und Verwaltung.

Der Deutsche Beamtenbund ruft daher seine Mitglieder, aber auch alle Bürger dazu auf, verantwortlich im Rahmen der Volkszählung mitzuwirken, sei es als „Auskunftgeber“, sei es als ehrenamtliche Zähler, die einer staatsbürgerlichen Pflicht nachkommen.

Alf. Krause

Informationen zur Volkszählung '87



Rechtsanwalt Peter Ahrend

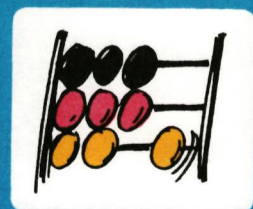
Fachanwalt für Steuerrecht
Gesellschafter – Geschäftsführer
Beratungs-GmbH für Altersversorgung
Steuerberatungsgesellschaft
Dr. Dr. Ernst Heissmann

Die Versorgung im Alter durch gesetzliche Renten und zusätzliche Betriebsrenten ist ein tragender Pfeiler unserer sozialen Sicherung.

Ohne die Hilfe von statistischen Grunddaten ist die solide Finanzierung dieser gewaltigen Aufgaben gar nicht denkbar. Wir erwarten von der Volkszählung '87 dringend benötigte Angaben, um rechtzeitig zum Vorteil unserer Mitbürger Kurskorrekturen einleiten zu können.

Eine aktuelle Statistik ist vergleichbar mit der Baustatik für tragende Pfeiler.

Informationen zur Volkszählung '87



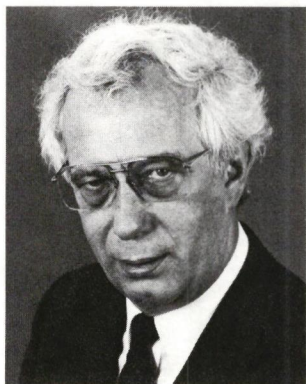
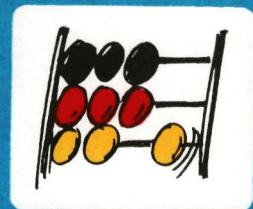
Dr. Georg Büchner

Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Die Volkszählung ist überfällig. Seit 1970, dem Jahr der letzten Bestandsaufnahme, hat sich die Struktur unserer Gesellschaft in vielen Bereichen grundlegend verändert. Und doch arbeiten wir alle – Staat, Politik, Bürger und Wirtschaft – noch mit den Daten von vorgestern. Kein anderes Industrieland weiß heute so wenig über sich selbst Bescheid wie die Bundesrepublik Deutschland. Das ist keine gute Voraussetzung für eine verantwortliche Planung und Gestaltung unserer Zukunft.

Die Bürger erwarten Antworten auf drängende Fragen. Beispielsweise wollen sie wissen, wie es mit den Steuern, der Sozialversicherung, dem Gesundheitswesen und der Beschäftigung weitergeht. Die Ansprüche an Staat und Gesellschaft sind hoch. Wie können aber die richtigen Antworten gefunden werden, wenn es an zuverlässigen Grunddaten mangelt?

Informationen zur Volkszählung'87



Günter Döding

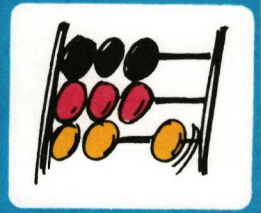
Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten

— Auszug aus „Einigkeit“ 4/87 —

Für zahlreiche Entscheidungen im politischen, wissenschaftlichen, aber auch im wirtschaftlichen Bereich kann nur die Volkszählung statistisches Datenmaterial liefern, wie es in dieser Genauigkeit sonst nicht zu erreichen ist. Von besonderer Bedeutung ist die Volkszählung auch für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Denn die aktuellen Daten über Konsumgewohnheiten und -bedürfnisse werden ihr eine bessere Produktions- und Absatzplanung ermöglichen. Auch für die Arbeitsmarktpolitik und -forschung liefert die Volkszählung eine wichtige aktuelle Datenbasis.

Günter Döding

Informationen zur Volkszählung '87



Gemeinsamer Aufruf der Spitzenverbände der Wohnungswirtschaft

Am 25. Mai 1987 findet nach 17 Jahren wieder eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung statt. Die Ergebnisse dieser Zählung sind wichtig für alle: Für Mieter, Vermieter und Eigenheimer, für Steuerzahler, für Politik und Wirtschaft.

Kein anderes Industrieland der Welt weiß so wenig über sich selbst wie wir. Politik im Interesse aller Bürger braucht aber sichere Entscheidungsgrundlagen, wie sie nur eine Volkszählung liefern kann.

Das Volkszählungsgesetz '87 erfüllt die berechtigten Forderungen der Beauftragten für Datenschutz und die Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes. Es gewährleistet, daß Ihre Daten nicht mißbraucht werden.

Deutscher Mieterbund e.V.

Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V.

Bundesverband Freier Wohnungsunternehmen e.V.

Deutscher Siedlerbund e.V.

Deutsches Volksheimstättenwerk e.V.

Arbeitsgemeinschaft des Evangelischen Siedlungswerkes und des Katholischen Siedlungsdienstes

Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

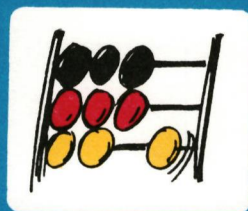
Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten e.V.

Bundesverband Ring Deutscher Makler (RDM) e.V.

Verband Deutscher Makler für Grundbesitz und Finanzierungen e.V.

Verband der Lebensversicherungsunternehmen e.V.

Informationen zur Volkszählung'87



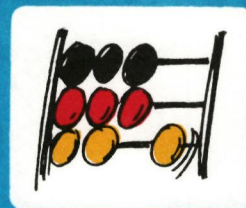
Wolfgang Ebert

Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Es kann doch niemand leugnen, daß das Volkszählungsgesetz nach unserem demokratischen Prinzipien legal beschlossen worden ist. Zudem weiß jeder, der über den morgigen Tag hinaus denken und planen muß, daß diese Daten unverzichtbar sind.

Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht und unterstützt die Volkszählung, und der Verband Bildung und Erziehung, der bundesweit 105.000 Lehrer vertritt, hält sie ebenso für geboten.

Informationen zur Volkszählung '87

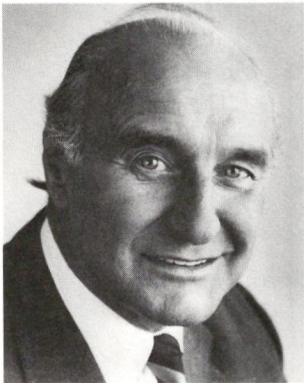
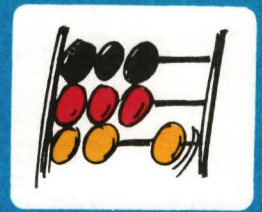


Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW)

Die Volkszählung ist nach Ansicht des Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) nicht nur eine Probe auf das demokratische Exempel, sondern auch eine notwendige Inventur, die dem Bürger als Verbraucher nutzt. Nur mit realistischen Daten können für Wirtschaft und Verbraucher teure Fehlinvestitionen vermieden und bedarfsgerechte Produkte und Dienstleistungen auf den Markt gebracht werden.

Der Bürger profitiert von der Volkszählung also nicht nur durch verbesserte und damit Steuern sparende staatliche Planungen. Auch bedarfsgerechte Angebote der Wirtschaft mit bedarfsgerechter Werbung kommen dem Konsumenten zugute.

Informationen zur Volkszählung '87



Paul Schnitker

Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Das Präsidium des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks begrüßt, daß mit Hilfe der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung nach siebzehn Jahren endlich wieder aktuelle Strukturdaten der Volkswirtschaft als statistische Basis für Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung gewonnen werden sollen. Die Ergebnisse der Volkszählung dienen nach Auffassung des Handwerks als unverzichtbare Grundlage für staatliche Planungen sowie für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Daraus ergeben sich u.a. wertvolle Anhaltspunkte für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wohnungswirtschaft, den Umweltschutz und das Bildungswesen. Ein Staat ohne Volkszählung ist wie ein Unternehmen ohne Inventur und aktuelle Buchführung: Die Übersicht geht verloren, Fehlentscheidungen sind die Folge.

